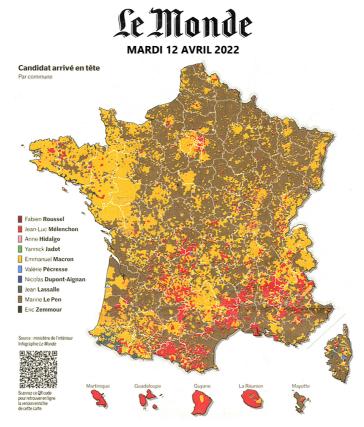
Bund gegen Anpassung

BEITRAG DER WOCHE VOM 17. APRIL 2022

Worum geht es bei den französischen Präsidentschaftswahlen?

Die französische Unisono-Presse, die – wie die hiesige – in Wirklichkeit viel mehr mit Suggestion und Nachrichtenunterdrückung arbeitet als mit offenen Lügen¹, beantwortet diese Frage plakativ etwa mit folgender Grafik, die sofort nach dem ersten Wahlgang auf der ersten Seite von *Le Monde* unter der fetten Überschrift »Macron – Le Pen: Mehr Ungewißheit denn je im zweiten Wahlgang « prangte:



Der Leser, sofern genügend suggestibel, versteht sofort den Ernst der Lage: Seit dem ersten Wahlgang am 10. April ist halb Frankreich von der *braunen* Flut (= Gebiete mit den meisten Stimmen für Le Pen) überrollt, die im zweiten Wahlgang, am nächsten Sonntag, das im freundlichen *Orange* leuchtende Terrain der »Demokratie« (= Gebiete mit den meisten Stimmen für Macron) zu begraben droht. Die einzige Rettung: das *warme Rot* (= Ge-

¹ Diese sind sozusagen nur ihr sparsamer eingesetztes »schweres Geschütz«, so wie jüngstens z.B. im Fall Butscha (vgl. dazu unseren Online-Beitrag vom 13.4.2022).

biete mit den meisten Stimmen für den »Linken«-Führer Mélenchon) muß in der zweiten Runde ebenfalls zum farblich doch so nahen Orange werden, und dann leuchtet wieder ganz Frankreich im warmen Orangeton der »Demokratie«. Le Monde's gleich daneben abgedruckter Leitartikel mit dem mahnenden Titel »Eine historische Verantwortung« sagt's in Worten: »Zum dritten Mal in zwanzig Jahren wird die extreme Rechte am Sonntag, den 24. April, im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen vertreten sein, in der es eine Stichwahl zwischen Marine Le Pen und Emmanuel Macron geben wird. (...) Seit den Anfängen der Fünften Republik haben sich wenige zweite Runden der Präsidentschaftswahl als derart knapp angekündigt. Seit dem Jahr 2002, als Jacques Chirac mit 82 % [gegen Jean-Marie Le Pen] gewann, ist die Marge, die unsere Demokratie schützt [sic], immer weiter zusammengeschmolzen. (...) Jetzt aber gilt es, dem Dringlichsten zu begegnen und sich ohne Wenn und Aber der Gefahr entgegenzustemmen, die immer größer wird. Eine Reihe der unterlegenen Kandidaten haben sich am Sonntagabend verschiedener Worte bedient, um ihrem Widerstand gegen Marine Le Pen Ausdruck zu geben. Nach Auffassung von Le Monde darf es bei dieser Zurückweisung der extremen Rechten keinerlei Zweideutigkeit geben. (...) Die Wahl von Marine Le Pen zur Präsidentin der Republik bedeutete einen Angriff auf den Rechtsstaat, einen Rückschritt bei der Bewältigung der Klimakatastrophe, eine Umstellung unserer außenpolitischen Bündnisse zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt, nämlich in dem Moment, in dem der grauenhafte Krieg Wladimir Putins endgültig das wahre Wesen eines Regimes entlarvt hat, dem die Kandidatin so viel Gefälligkeit entgegengebracht hat. Logisch zwingend bedeutet dies, daß die einzige wirksame Möglichkeit, ihr eine Niederlage zu bereiten, in der Wahl von Emmanuel Macron besteht. Dies stellt den amtierenden Präsidenten vor eine historische Verantwortung: in zwei Wochen eine Gefahr einzudämmen, die seine zu Ende gehende fünfjährige Amtszeit - nach seinem eigenen Eingeständnis – nicht zurückzudrängen vermochte.« Usw. usf.

In einem Satz gesagt, laut Lügenpresse besteht die einzige Chance, die französische Demokratie zu retten, darin, am nächsten Sonntag für Macron zu stimmen. Hier nochmals kurz die Ergebnisse der ersten Runde: Macron ist aus dem ersten Wahlgang als stärkster Kandidat mit 27,6% der abgegebenen Stimmen hervorgegangen, Marine Le Pen mit 23,41% als zweite und mit 21,95% nur knapp hinter ihr als dritter Jean-Luc Mélenchon, der Vorsitzende der mit der deutschen »Linken« vergleichbaren Partei La France Insoumise. Den vierten Platz im ersten Wahlgang erreichte mit 7,05% Eric Zemmour, vorher nur ein langjähriger Figaro- und Fernsehjournalist, aber seit wenigen Monaten plötzlich ein von Presse und Glotze gehypter Präsidentschaftskandidat mit ähnlichem Programm wie Le Pen. Demgegenüber sind die Kandidaten der beiden klassischen französischen Parteien, also der Republikaner (unserer CDU vergleichbar) und der Sozialistischen Partei, am 10. April mit Ergebnissen jeweils unter 5% weit zurückgefallen, und auch der Kandidat der Grünen, in Frankreich noch nie bedeutend, blieb knapp unter 5%. Nach diesen Ergebnissen hängt nun der endgültige Wahlausgang am nächsten Sonntag vor allem davon ab, zu welchen Teilen das stattliche Kontingent der Mélenchon-Wähler in der zweiten Runde

für Macron oder für Le Pen stimmen oder aber sich der Stimmabgabe enthalten wird dieses Kontingent ist deshalb so groß, weil sich in ihm alle gesammelt haben, die auf keinen Fall nochmals Macron wollen, sich aber pressetreu nicht trauten, vermeintlich »rechts«, gar »rechtsextremistisch« zu wählen. Mélenchon selbst gab ihnen freilich schon am Abend des ersten Wahlgangs eine klare Linie vor, nämlich dieselbe wie die gerade zitierte der Unisono-Presse. In seiner Rede vor seinen in Paris versammelten Anhängern wiederholte er nicht weniger als viermal: »Keine Stimme für Le Pen!«. Er vermied es zwar, sie überdies ausdrücklich zur Wahl von Macron aufzurufen, aber schickte hinter ihrem Rücken noch am selben Abend direkt an Macron folgende SMS: »Ich habe klar Position gegen Le Pen bezogen. Jetzt ist es an Ihnen, eindeutige Signale an unsere Wähler zu senden, damit sie in Bewegung kommen können.« Auch Mélenchons Begründung, warum er nun offen als Macrons Steigbügelhalter agiert, ist natürlich dieselbe wie der gerade zitierte Pressetenor: Jetzt gehe es darum, einen Damm gegen die »extreme Rechte« zu errichten. Und mit genau derselben Begründung riefen ebenso die meisten anderen Kandidaten zur Stimmabgabe für Macron in der zweiten Runde auf, so Valérie Pécresse (Republikaner), Anne Hidalgo (Sozialistische Partei) Yannick Jadot (Grüne), Fabien Roussel (PCF [!]) und noch andere; nur der erwähnte Ex-Journalist Zemmour und der hochgeachtete Führer einer der kleineren konservativen Parteien, Nicolas Dupont-Aignan, riefen zur Stimmabgabe für Le Pen auf².

Auch ohne nähere Analyse entsteht schon damit der Eindruck: In Frankreich weht seit dem vorletzten Sonntag plötzlich ein kräftiger Hauch der gleichen Stimmung wie vor der letzten US-Wahl: der Sieg der von der gesamten Presse verteufelten und bespeiten Kandidatin soll nicht weniger als das Ende der französischen Demokratie bedeuten... Aber steigen wir nun doch ein wenig in die Analyse ein und lassen dafür die Umstände der letzten Präsidentenwahl vor fünf Jahren und den Verlauf der fünfjährigen Amtszeit Macrons nochmals Revue passieren:

Macron, vorher nur ein farbloser Banker und Regierungsfunktionär, war als erfolgreicher Präsidentschaftskandidat im Jahr 2017 ein reines Geschöpf der Presse gewesen, zusätzlich angefüttert durch Riesenspenden von Großkonzernen. Allein die Presse und Millionenspenden hatten ihn binnen Monaten zum charismatischen Führer einer auf demselben Wege aus dem Nichts geschaffenen neuen Partei (*La République en marche*, LREM) aufgebaut, den beliebten Republikaner-Chef Fillon, der Macrons Senkrechtstart im Wege gestanden hätte, hatte die Presse kurz vor der Wahl durch eine aufgebauschte Korruptionsaffäre extra noch abgesägt, und nur so konnte statt Fillon seinerzeit Macron in die zweite Wahlrunde gegen Le Pen gelangen und darin diese sogar aus dem Feld schlagen. Infolge des höchst undemokratischen französischen Mehrheitswahlrechts konnte man Macron bei den kurz später stattfindenden Parlamentswahlen durch dieselbe Pressepro-

www.bund-gegen-anpassung.com

² Außerdem natürlich der ebenso achtbare Oppositionspolitiker François Asselineau (UPR), der aber unter schweinischen rechtlichen Vorwänden an einer Kandidatur gehindert wurde (s. dazu unten).

paganda sogar noch eine absolute Mehrheit seiner Retortenpartei LREM in der Nationalversammlung verschaffen, und so war er plötzlich zu Frankreichs Präsidenten aufgestiegen, und sogar zu einem, der die Abgeordneten seiner völlig künstlichen und darum von ihm völlig abhängigen Partei so ungeniert herumkommandieren konnte wie ein Monarch seinen Hofstaat.

Als er sie beispielsweise im Sommer 2019 zur Ratifizierung des berüchtigten europäisch-kanadischen Knebelabkommens CETA zwang, obwohl ihnen deswegen zuhause in ihren Wahlkreisen die dadurch ruinierten französischen Bauern buchstäblich die Scheiben einwarfen (es gab Demolierungen von LREM-Wahlkreisbüros, und in jenem Sommer warfen französische Bauern sogar mehrere LREM-Abgeordnete sehr handfest aus einer Landwirtschaftsmesse heraus), war etwa in der französischen Presse zu lesen: »Wenn das Mikrofon abgeschaltet ist, geben manche Abgeordnete der Regierungsmehrheit ein Gefühl der Uberflüssigkeit zu und lassen ihrer Frustration freien Lauf. Man schei*** auf uns, klagt ein Parlamentarier, in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode müssen wir uns besser behaupten, sonst nimmt es ein böses Ende« (Figaro, 25.7.2019). Aber so sehr Macron, wenn er CETA und vieles ähnliches gegen den Widerstand des Volkes durchdrückte, als selbstherrlicher Autokrat erschien, blieb er doch stets eine bloße Marionette der Presse, d.h. aber der dieselbe im Westblock besitzenden und steuernden Kreise, und dies sind heute in letzter Instanz nicht mehr noch so reiche französische Konzernherren wie Bernard Arnauld oder die Rothschilds, sondern allein die noch weitaus mächtigeren und reicheren Kreise der US-Monopolisten unter Führung von Soros, Rockefeller und Gates. Deren Programm für Europa sollte Macron durchführen, und es lautete: Zerstörung der Errungenschaften der europäischen Arbeiterbewegung und Krieg gegen Rußland.

Mit diesem Programm machte Macron auch sofort Ernst: Schon im Sommer 2017 ließ er etwa durch seine frischgebackene Parlamentsmehrheit das Arbeitsgesetzbuch ummodeln, um den Unternehmen die Oktroyierung niedrigerer Löhne und einseitige (!) Änderungen schon abgeschlossener Arbeitsverträge zu ermöglichen, wodurch natürlich die Arbeitszeit stieg, nicht aber die Löhne. Auch den Ausverkauf des französischen Volksvermögens, d.h. die Privatisierung der französischen Staatsunternehmen, ließ er unverzüglich anlaufen: Schon 2018 brach er einen wochenlangen, erbitterten Eisenbahnerstreik und setzte die Privatisierung der SNCF durch. Natürlich befeuerte seine Regierung zugleich die Lohndrükkerimporte und ließ allein 2018 über eine Viertelmillion neue Aufenthaltserlaubnisse für Immigranten ausstellen; falsche Flüchtlinge und Familiennachzug waren willkommen. Auch den Krieg gegen die Mobilität des Volkes vergaß er nicht: schon im ersten Amtsjahr erhob er für den »Klimaschutz« so hohe Steuerzuschläge auf den Spritpreis, daß Benzin für viele unbezahlbar wurde. Nicht minder rastlos trieb er seine ministeriellen Arbeitsstäbe an, die Heraufsetzung des Rentenalters von 62 auf 65 Jahre sowie die Zerschlagung der noch etwas besseren Rentensysteme für einzelne Berufsgruppen vorzubereiten.

Als kostenlose Zugabe bot er dem Volk die Arroganz der Macht: Während er in Versailles glamouröse Empfänge für ausländische Konzernherren ausrichten ließ und für US-

Milliardäre wie Gates oder Zuckerberg immer Zeit für ein Stelldichein unter vier Augen hatte, machte er aus seiner Verachtung für das einfache Volk kein Hehl: Einem Arbeitslosen, der sich bei einem Gartenfest im Elysée-Palast, zu dem man huldvoll auch einige Durchschnittsbürger eingeladen hatte, bei ihm über seine hoffnungslose Lage beklagte, entgegnete er herablassend nur »Schauen Sie mal, ich brauche doch nur über die Straße zu gehen, und schon finde ich Arbeit«, was der Volksmund humorvoll, aber nicht ohne Entrüstung mit der Scherzfrage parierte: »Wenn ich nachts im Dunkeln über die Straße gehe, finde ich dann Schwarzarbeit?« Und die gleiche Verachtung wie für das Volk zeigte er, wie schon angeklungen, für das Parlament: Seine Regierungsfraktion mußte ihm in bis dahin ungekanntem Ausmaß die in der autoritären französischen Verfassung vorgesehenen Verordnungsbefugnisse übertragen, damit er grundlegende Rechtsnormen statt durch Gesetz einfach per Verordnung erlassen konnte, was später auch die Unisono-Presse einmal zugeben mußte (Figaro, 10.2.2020): »Im Juli 2017 eröffnete Emmanuel Macron seine Amtszeit mit einem Gesetzesvorhaben, das ausschließlich aus Verordnungen zur Reform des Arbeitsgesetzbuches bestand. Im Verlauf von zwei Jahren ist dieses Verfahren, das die Exekutive zu Maßnahmen ermächtigt, die normalerweise dem Parlament zustehen und damit die Abgeordneten eines Teils ihrer Befugnisse beraubt, zu einem Markenzeichen der Macht geworden. >Ich habe niemals eine Regierung gesehen, die in einem solchen Umfang Gesetzgebung per Verordnung betrieben hat, erklärte alarmiert Francis Vercamer, seit 2002 Abgeordneter für das Departement Nord.«

Aber mit alledem hatte Macron den Bogen überspannt, und anderthalb Jahre nach seiner Amtseinführung brach in Frankreich ein seit 1945 beispielloser Volksaufstand los, der ohne den inzwischen viel höheren Stand der Militärtechnik seine Regierung so mühelos hinweggefegt hätte wie einst die Revolutionen von 1830 oder 1848 die damaligen Regierungen: am 17.11.2018 gingen über eine Million Franzosen auf die Straße, liefen in Massen auf ihre Autobahnen und öffneten die Mautstationen, besetzten zahllose Verkehrskreisel und drangen friedlich in die Amtssitze von Präfekten ein, räumten unwiderstehlich die Polizeisperren vor den Champs Elysées zur Seite und wälzten sich als ein riesiger Demonstrationszug direkt an Macrons Amtspalast vorbei durch die Pariser Prachtallee. Die Volksbewegung der Gelbwesten hatte begonnen, und mit ihr ein neuer, ebenfalls etwa eineinhalb Jahre währender Abschnitt in Macrons Amtszeit: sein blutiger, paramilitärischer, offener Krieg gegen das Volk.

Ganz im Gegensatz zur hiesigen Lügenpresse, die über die französische Gelbwesten-Bewegung erst fast nur Verleumderisches und sehr bald gar nichts mehr brachte, haben wir über die *Gilets Jaunes* im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten in unserer Zeitschrift Ketzerbriefe von Anfang an kontinuierlich berichtet, und schon die Überschriften unserer Berichte bieten informativere Stichworte zu dieser Volksbewegung in unserem Nachbarland als alles Mumpfeln und Verschweigen der deutschen Lückenpresse (der SPIEGEL z.B. schaffte es jüngstens, in einer Rückschau über Macrons Amtszeit das Wort »Gelbwesten« kein einziges Mal mehr zu erwähnen!), weshalb wir diese Überschriften

hier einfach, statt einer hier aus Platzgründen nicht möglichen Retrospektive dieser Zeitspanne, als eine kleine, im einzelnen ja nachlesbare Erinnerungsstütze wiedergeben:

KETZERBRIEFE 213 (Feb. 2019, Der Volksaufstand der Gelben Westen – was geschieht

30seitiger Titelartikel): in Frankreich?

KETZERBRIEFE 214 (April 2019): Notwehr als Straftatbestand. Der Gelbwesten-Aktivist

und Ex-Boxer Christophe Dettinger vor der französischen Gesinnungsjustiz – Ein Augenzeugenbericht –

Ketzerbriefe 215 (Mai 2019): Für sofortiges Verbote verstümmelnder Polizeiwaffen

bei den friedlichen Demonstrationen in Frankreich!

KETZERBRIEFE 216 (Juli 2019): Der Schwarze Block gemeinsam mit der Polizei gegen

die Gelbwesten

KETZERBRIEFE 217 (Sept. 2019, Wie der Eiserne Vorhang an den Rhein kam: Frankreich

20seitiger Titelartikel): auf dem Weg in den Totalitarismus

Im letztgenannten Artikel, der sich auch mit dem Fall des in der Nacht vom 21. zum 22.6.2019 von der Polizei in den Ertrinkungstod getriebenen Steve Caniço befaßte, resümierten wir Macrons Blutspur allein in den acht Monaten vom 17.11.2018 bis 24.7.2019 wie folgt:

315 Kopfverletzungen Unter den Verletzten befanden sich:

24 ausgeschossene Augen 635 Demonstranten

75 Verletzungen an den Armen 27 Passanten

28 Rückenverletzungen 49 Minderjährige und Schüler

5 abgerissene Hände 115 Journalisten

4 Genitalverletzungen 33 Ärzte und Sanitäter

131 Beinverletzungen 124 sonstige

1 Toter

Wie schon diese Schreckensbilanz zeigt, blieb die Gelbwesten-Bewegung, obwohl man davon hierzulande wie gesagt nichts mehr erfuhr, noch fast das ganze Jahr 2019 hindurch mit wöchentlichen Massendemonstrationen präsent und kämpferisch, und trotz Führerlosigkeit und vieler Unklarheiten gelang es ihr, jedenfalls eine zentrale Grundforderung in das allgemeine Volksbewußtsein zu heben, nämlich die nach Demokratisierung der autoritären französischen Verfassung von 1958 durch die Einführung der Volksabstimmung über Gesetzesvorhaben nach Schweizer Vorbild, des Référendum d'initiative citoyenne, kurz RIC. Neben seiner gnadenlos enthemmten Polizeigewalt versuchte Macron zwar, durch eine vorgetäuschte »Bürgerdebatte« und ähnliche demagogische Manöver das aufständische Volk zu betören, betrieb aber seine Verelendungspolitik zielstrebig weiter, so etwa mit dem im Mai 2019 durchs Parlament gepeitschten PACTE-Gesetz, das Staatsunternehmen im geschätzten Wert von 100 Milliarden Euro (!) zum Ausverkauf an die US-

Monopole freigab, darunter die staatliche Lotteriegesellschaft oder das staatliche Gasversorgungsunternehmen Engie. Als Macron dann ab Herbst 2019 auch seine von Anfang an geplante, aber durch die Gelbwesten verzögerte Zerschlagung der öffentlichen Rentensysteme wieder anging, erntete er nochmals eine so riesige Streikwelle – die von den Pariser Metro-Zugführern über das als Streikaktion kostenlos auf der Straße aufspielende Orchester und Ballett des Pariser Opernhauses oder das Krankenhauspersonal bis zu den Rechtsanwälten reichte –, daß er Anfang März 2020, um seinen Rentenraub »endlich« durchzupeitschen, die Parlamentsdebatte über diese einfach abwürgte, indem er den berüchtigten Art. 49 Abs. 3 der 1958 von De Gaulle durchgesetzten französischen Verfassung aus dem Ärmel zog: Bei dessen Anwendung darf das Parlament eine Gesetzesvorlage nicht mal länger diskutieren, und diese gilt ohne Abstimmung als angenommen, sofern das Parlament nicht die Regierung sofort durch Mißtrauensvotum stürzt; da Macrons LREM-Abgeordnete das nicht wagten (wo wären dann ihre schönen Diäten geblieben?), galt die verhaßte Rentennovelle damit ohne jede Abstimmung als von der Nationalversammlung angenommen und wurde an den Senat überwiesen.

In diesem Moment freilich kam Macrons finsteren Plänen ein noch mächtigerer Akteur dazwischen, nämlich das Komplott der US-amerikanischen Rockefeller/Soros/Gates-Bande, mit dem ab der zweiten Märzwoche praktisch weltweit das Corona-Regime installiert wurde. Dieses aber griff Macron natürlich erst recht begierig auf und verwandelte sich unter dem neuen Etikett des »Pandemie-Notstands« für die letzten beiden Jahre seiner Amtszeit in Frankreichs veritablen Diktator: Am 16. März 2020 verkündete er per Fernsehansprache, daß fortan das gesamte Land unter Hausarrest gestellt sei, Versammlungen waren ab sofort verboten, die totale Erstickung der Gelbwesten-Bewegung ebenso wie jedes anderen Volkswiderstands durch eine totale Polizeiherrschaft hatte begonnen. Um dieses faktische Kriegsrecht reibungsloser durchsetzen zu können, verkündete er in derselben Ansprache eine vorläufige Aussetzung seines verhaßten Rentenraub-Gesetzesvorhabens

Erst ganz kurz vor der jetzigen Wahl wurde die französische Corona-Diktatur von Macron wieder beendet, erst im März dieses Jahres durften die bis dahin im ganzen Land und an jeder Schule eisern durchgesetzten Masken endlich fallen, und der demütigende, an Südafrikas Apartheid oder den Judenstatus unter Hitler erinnernde Ausschluß der Ungeimpften vom fast gesamten öffentlichen Leben durch den verhaßten Impfpaßzwang wurde vorerst abgeschafft (daß es Macron durch diese empörende Diskriminierung heimtükkisch gelungen war, große Teile der Gelbwesten in eine irrationale Impfgegnerschaft zu treiben, ist ein Thema für sich, das wir hier jedoch nicht mit der nötigen Ruhe besprechen können).

Nach alledem läßt sich festhalten, daß Macron zu dieser Wahl wohl als der im Volk meistgehaßte Präsident der gesamten Fünften Republik angetreten ist. Warum konnte er im ersten Wahlgang trotzdem die meisten Stimmen auf sich vereinigen? Zunächst einmal darf man nicht unterschätzen, was die lückenlose und ebenso massiv wie unablässig aus

sämtlichen Zeitungen und Fernsehkanälen hämmernde Propaganda bewirkt, zumal bei zweijähriger Totalunterdrückung aller Versammlungen oder jeder sonstigen öffentlichen Oppositionsaktivität.

Sodann spielte Macron in die Hände, daß seine potenteste Gegnerin, Marine Le Pen, von Anfang an den schlimmen Mangel einer unübersehbaren nationalen Beschränktheit mitschleppte, in den Worten Fritz Erik Hoevels kurz nach ihrer knappen Wahlniederlage 2017³: »Sie [= Le Pen] glaubt im Zeitalter der Interkontinentalraketen und – wirtschaftlich entscheidend - Containerschiffe an die Lebensfähigkeit eines französischen Staates, der sich dann wie im 19. Jahrhundert mit seinen Nachbarn zoffen könnte, heute ebenfalls nicht selbständig lebensfähigen Zwergen. (...) Gewiß ist für jedes EU-Land, das die Vereinigten Staaten von Europa wünscht, d.h. ein freies und starkes Europa, das den USA auf gleicher Augenhöhe entgegentreten kann, der EU-Austritt der erste Schritt. (...) Was aber der erste Schritt zu lebensfähiger Freiheit und zurückgewonnenem Wohlstand wäre, ein Brexit, Grexit, Frexit, Dexit usw., ist für sie schon der letzte Schritt.« Diesen Mangel machte Le Pen in den letzten Jahren indessen nur noch schlimmer, indem sie selbst von ihrer bis dahin klaren Forderung nach dem ersten Schritt, also dem Frexit, abrückte und auch in anderen Punkten ihr Programm kompromißlerisch verwässerte. Sie übernahm zwar verdienstvollerweise die Zentralforderung der Gelbwesten nach Verankerung der Volksabstimmung in der Verfassung in ihr jetziges Wahlprogramm (sehr »rechtsextremistisch«, nicht wahr?), aber ließ beispielsweise den Gilets jaunes viel weniger offene Unterstützung zuteil werden als die Führer der beiden kleineren nationalen Parteien Debout la France und Union populaire républicaine (UPR), Nicolas Dupont-Aignan und François Asselineau⁴. Vor allem aber versagte sie komplett in der Zeit der Corona-Diktatur, denn statt diese anzugreifen und den Corona-Schwindel zu entlarven, hatte sie nichts besseres zu tun als teils noch schärfere Zwangsmaßnahmen als die von der Macron-Regierung diktierten zu verlangen, z.B. noch längere Schulschließungen. Aber obwohl Le Pen auf diese Weise viel Vertrauen beim Volk verspielte, ist sie dennoch dank ihres durch jahrzehntelange echte Oppositionstätigkeit aufgebauten Ansehens nach wie vor die einzige politische Persönlichkeit in Frankreich, die dem von Macron vollstreckten Programm der US-Monopolisten für Europa – also dem Programm unserer völligen Verelendung, der Vernichtung der Errungenschaften der Arbeiterbewegung, der Flutung Europas mit falschen Flüchtlingen und des Mißbrauchs unseres Kontinents als Angriffsbasis für den Krieg gegen Rußland - aussichtsreich ein Hindernis in den Weg stellen könnte: ihr Programm ruht trotz seiner angespro-

³ Fritz Erik Hoevels, Le Pens schlimmer Mangel, in: Ketzerbriefe 204 (Mai 2017)

⁴ Derzeit wohl Frankreichs konsequentester Oppositionsführer, der schweinischerweise bei der Präsidentenwahl nicht einmal kandidieren durfte, weil das autoritäre französische Verfassungsrecht dafür als Voraussetzung die Unterschriften von 500 (fünfhundert) Bürgermeistern oder Abgeordneten auf nationaler, regionaler oder Departementsebene verlangt, die man ihm aber durch entsprechende Pressionen auf diese Mandatsträger vorenthalten konnte – man bedenke diese antidemokratische Hürde: die einmal Gewählten bestimmen darüber, wer sich außer ihnen zur nächsten Wahl stellen darf!

chenen Schwächen nach wie vor auf den Säulen der nationalen Selbstbehauptung gegenüber den USA, der Verteidigung der erkämpften Errungenschaften sozialer Sicherung, der Demokratisierung (Gesetzgebung durch Volksabstimmung) und der friedlichen Partnerschaft mit Rußland statt der NATO-Kriegstreiberei – sehr »rechtsextremistisch«, nicht wahr?

Und genau darum geht es bei dieser Wahl: Allein Le Pen kann die Soros-Puppe Macron an einer zweiten Amtszeit hindern - auch wenn sie sehr im Gegensatz zum bewundernswerten Trump tatsächlich nur das kleinere Übel ist -, und wer nicht noch mehr Verelendung und noch mehr ausgeschossene Augen, noch tiefere Verknechtung gegenüber den USA und noch aggressivere Kriegstreiberei gegen Rußland will, muß darum am nächsten Sonntag in unserem Nachbarland Le Pen wählen. Um ihren Einzug in den Elysée-Palast zu verhindern, haben die mächtigen Strippenzieher hinter Macron und ihre spin doctors in den letzten Monaten nichts ausgelassen, allein dafür wurde übrigens auch der Figaro-Journalist Zemmour von der Presse zum Gegenkandidaten gegen Le Pen mit ähnlichem Programm aufgebaut⁵; er sollte einfach nur möglichst viele Stimmen von ihr abziehen, wodurch er auch fast erreicht hätte, daß an ihrer Stelle der Pseudolinken-Führer Mélenchon - zusammen mit Bisky bekanntlich einer der Stichwortgeber für den NATO-Vernichtungskrieg gegen Libyen – in die zweite Wahlrunde gelangt wäre. Aber da Mélenchon dies trotz Zemmour knapp verfehlte, zeigt er nun einmal mehr sein wahres Gesicht, indem er bei dieser Schicksalswahl Frankreichs offen als Steigbügelhalter Macrons auftritt - der Verrat des Volkes war schon immer seine Substanz, so wie die jedes sozialdemokratischen Parteiführers seit 1914.

Aber das Schicksal Frankreichs ist zu einem guten Teil auch unser eigenes, denn es ist neben Deutschland der stärkste Staat Westeuropas und hat außerdem Atomwaffen. Unseren französischen Nachbarn und Miteuropäern können wir also am nächsten Sonntag nur so viel Propagandaresistenz und Klugheit wünschen, wie es das US-amerikanische Volk mit der Wahl Trumps bewiesen hat!

www.bund-gegen-anpassung.com

⁵ Vgl. z.B. *Le Monde* vom 7.11.2021: »14 000 Artikel der französischen Presse wurden ihm [= Zermmour] gewidmet und damit mehr als jedem anderen Kandidaten, der offiziell seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2022 erklärte«